



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Wochen waren wir auf einem guten Weg zurück zur „Normalität“. Gemeinsam haben wir im Kreis Warendorf in den letzten Wochen und Monaten Einschränkungen sowie Abstands- und Hygieneregeln sehr diszipliniert eingehalten und sind mit den Lockerungen verantwortungsvoll umgegangen. Die Zahl der akut mit dem Coronavirus Infizierten im Kreis Warendorf ist in den letzten Wochen stetig zurückgegangen und hatten sich auf ein sehr niedriges Niveau eingependelt. Durch den Corona-Ausbruch bei der Firma Tönnies und der sehr hohen Anzahl von Infizierten Mitarbeitern im Unternehmen folgte der Lockdown für den Kreis Gütersloh und am 23. Juni auch für unseren Kreis Warendorf. Die Gesundheit aller Menschen geht immer vor. Was mich jedoch sehr ärgert, ist der Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern aus beiden Kreisen. Rund 670.000 Menschen sind von diesem „doppelten Lockdown“ betroffen. So schmerzlich diese Einschränkungen auch sind, sie waren von der Landesregierung richtig. Menschen jedoch zu diskreditieren und kategorisch alle über einen Kamm zu scheren, ist eine Unverschämtheit. An dieser Stelle fordere ich auch deutlich klare bundesweite Regelungen für alle Bürgerinnen und Bürger aus beiden betroffenen Kreisen, wenn ein negativer Coronatest vorliegt! Gerade jetzt, wo mit Beginn der Sommerferien der wohlverdiente Urlaub vor der Tür steht. Es ist aber auch klar, dass wir jetzt in der Verantwortung stehen, damit sich das Pandemiegeschehen nicht noch auf weitere Regionen ausweitet. Quarantänemaßnahmen müssen eingehalten und kontrolliert werden. Die Versorgung der Menschen, die sich in dieser Quarantäne befinden, muss genau so gewährleistet werden, wie die medizinische Versorgung. Eine lückenlose und transparente Aufklärung hat nun zu erfolgen. Dieser Lockdown kostet Geld und die Haftungsfrage muss geklärt werden. Darüber hinaus ist jetzt auch die Bundesgesetzgebung gefordert. Werkverträge auf Schlachthöfen müssen abgeschafft werden und die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer sind zu verbessern. Generell ist ein Umdenken notwendig. Weitere Akteure im Kreislauf sind u.a. der Handel aber auch wir Verbraucher! Was sind wir zukünftig bereit für unsere Lebensmittel zu bezahlen? Gesunde und vielfältige Lebensmittel haben nun mal ihren Preis und unsere Landwirte müssen auch davon leben können! Der Lockdown ist zunächst bis zum 30. Juni 2020 ausgesprochen worden. Tragen wir alle dazu bei, dass die Einschränkungen nicht noch weiter verlängert werden müssen.

Für die vor uns liegenden Sommerferien wünsche ich Ihnen auf jeden Fall gute Erholung, hoffentlich den langersehnten Urlaub und natürlich Gesundheit.

Ihr Daniel Hagemeyer MdL

Lockdown in Gütersloh und Warendorf

Erstmals in Deutschland ist nach den bundesweiten Einschränkungen in der Corona-Krise ein regionaler «Lockdown light» in Kraft getreten. Im Kreis Gütersloh liegt mit dem Tönnies-Werk Rheda-Wiedenbrück der Ausgangspunkt des Ausbruchs, auch im Raum Warendorf wohnen viele Tönnies-Mitarbeiter.

Im öffentlichen Raum dürfen nun nur noch zwei Menschen oder Menschen aus einem Familien- oder Haushaltsverbund zusammentreffen. Zudem sollen eine Reihe von Freizeitaktivitäten unterbleiben. So müssen zum Beispiel Museen, Kinos, Fitnessstudios, Hallenschwimmbäder und Bars vorübergehend geschlossen werden. Geschäfte und Restaurants dürfen geöffnet bleiben. Die Vorschriften für die neuen Einschränkungen gelten zunächst für eine Woche bis zum 30. Juni.

Alle Bürger der beiden Kreise sollen außerdem die Möglichkeit erhalten, kostenlos einen Test durchführen zu lassen. Alle Personen, die sich testen lassen möchten – vorrangig Urlauber – können sich ab sofort bei den niedergelassenen Ärzten melden und sich dort kostenfrei testen lassen. Zudem stehen an mehreren Stellen Corona-Teststationen zur Verfügung, teilweise jedoch nur für Personen, die Kontakt mit Infizierten hatten. Aktuelle Informationen gibt es unter www.kreis-warendorf.de auf der Internetseite des Kreises.





Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

NRW richtet Pflegekammer ein

Der Landtag hat mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen der Gründung einer Pflegekammer zugestimmt. Dadurch erhält die Pflege mit landesweit rund 200.000 Beschäftigten ein sichtbares Zeichen der Wertschätzung. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten hatte sich in einer repräsentativen Befragung für die Einrichtung dieser Kammer ausgesprochen.

Bodycams für kommunale Ordnungsdienste

Die NRW-Koalition hat beschlossen, zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung die Ordnungsdienste mit Bodycams auszustatten. Eine verbesserte Ausbildung soll unsere kommunalen Ordnungskräfte auch gegen zunehmende Anfeindungen und Gewalt schützen. Ebenso soll die Rechtsgrundlage geschaffen werden, erkennbare Dienstfahrzeuge mit Kameras ausstatten zu können.

Gifttiergesetz

Die Neuanschaffung giftiger Tiere und eine Regulierung der Privathaltung sind nun gesetzlich festgeschrieben. Damit reagiert das Land NRW auf Vorfälle wie z.B. die im August 2019 in Herne entwischte Monokel-Kobra, bei der mit aufwändigem Behördeneinsatz ein Mehrfamilienhaus evakuiert werden musste. Private Halter machen sich strafbar, wenn sie sich künftig trotz des Verbotes solche Tiere anschaffen.

Nordrhein-Westfalen-Programm I

Die Pandemie und ihre Bekämpfung haben Nordrhein-Westfalen in die größte Wirtschaftskrise seit Bestehen des Landes geführt. Mit einem in seinem Umfang beispiellosen Investitionspaket setzt die NRW-Koalition ein wichtiges Zeichen für die Menschen und die Wirtschaft.

Die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket des Bundes wirken sich unmittelbar mit 3,2 Milliarden Euro für NRW aus. Das Land ergänzt die Hilfe um weitere 3,6 Milliarden Euro aus dem Landeshaushalt und setzt damit eigene Schwerpunkte. Zusätzlich stellt die Landesregierung 1,7 Milliarden Euro aus Landesmitteln zur Kofinanzierung für Maßnahmen des Bundes bereit. Insbesondere für Arbeitsschutz und Hygienemaßnahmen in öffentlichen Einrichtungen werden weitere 300 Millionen Euro bereitgestellt.

Das Geld fließt vor allem in die Schwerpunktbereiche Krankenhäuser, Pflegeschule und Unikliniken (2,9 Milliarden Euro), Ergänzung des Konjunkturprogramms des Bundes (1,3 Milliarden Euro), Investitionspaket Kommunen (3,9 Milliarden Euro) sowie Digitalisierungsvorhaben mit dem Schwerpunkt Bildung (rund 400 Millionen Euro).

In Anbetracht der zentralen Rolle, die Lehrkräfte bei der Verzahnung von Präsenzunterricht und E-Learning besitzen, wird die digitale Weiterbildung der Lehrkräfte verstärkt. Die digitale Lernplattform Logi-neo soll nun auch den Schülern für den Unterricht zur Verfügung gestellt werden. Schüler, bei denen ein besonderer Bedarf zum Austausch sozialer Ungleichgewichte besteht, sollen ein mobiles Endgerät erhalten. Das Land stockt die Mittel aus dem Digitalpakt entsprechend auf.

Nordrhein-Westfalen-Programm I:

8,9 Milliarden Euro zur Bewältigung der Corona-Folgen



2,9 Mrd. €

für Krankenhäuser,
Pflegeschulen und
Unikliniken



3,9 Mrd. €

Investitionspaket Kommunen



1,3 Mrd. €

Ergänzung des
Konjunkturprogramms
des Bundes
(u.a. 300 Mio. € für Solo-Selbstständige
und Freiberufler)



rund **400 Mio. €**
für die Digitalisierung der Schulen





Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aufstellungsversammlungen in den CDU-Stadtverbänden

In Everswinkel und Alverskirchen geht die CDU mit Sebastian Seidel an der Spitze in den Kommunalwahlkampf. Bei 100 Prozent Zustimmung ist der Rückenwind bei der Verteidigung des Chefsessels im Rathaus garantiert. Die Versammlungsleitung übernahm Ludger Klaverkamp, der selbst nicht mehr für den Rat kandidiert.



Die CDU in Telgte/ Westbevern hat „frischen Wind“ und „alte Hasen“ gleichermaßen nominiert. In einer gut besuchten Versammlung wurde auch die Mitgliederumfrage in der CDU vorgestellt. Aus dieser Umfrage wurde ein Wahlprogramm erstellt, das Themen wie familienfreundliche Politik, Digitalisierung bis hin zur Ärztlichen Versorgung abdeckt.

Die CDU in Oelde geht mit einem starken Team in die Kommunalwahl. Bürgermeisterkandidatin ist Karin Rothegeger, die von CDU und FDP aufgestellt worden ist. Landtagsabgeordneter Daniel Hagemeyer, der dem Rat der Stadt Oelde seit 1994 angehört, konnte sich über eine erneute Aufstellung als Direktkandidat im Wahlbezirk 03 freuen.



Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Antisemitismusbericht vorgestellt

Im nun vorgelegten, ersten Bericht der NRW-Antisemitismusbeauftragten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger stehen Aufklärung, Information und Prävention im Vordergrund. 315 antisemitisch motivierte Straftaten wurden im Jahr 2019 in Nordrhein-Westfalen verzeichnet – 315 Menschen, die Opfer von Beleidigungen, Schmähungen und Gewalt geworden sind. Mit der rasanten Entwicklung digitaler Kommunikation und der sozialen Medien haben sich antisemitische Hetze und Hass, oft unter dem Schutz der Anonymität, in Köpfen festgesetzt. Betroffene müssen sich vor Rechtsextremisten, aber auch vor jihadistischen und salafistischen Extremisten fürchten.



ten. Im Rahmen der weltweiten Coronavirus-Pandemie sind alte antisemitische Vorurteile zu neuen Verschwörungsmythen avanciert. Der Davidstern wird von Impfgegnern und Corona-Leugnern für ihre Proteste missbraucht. Daniel Hagemeyer nahm als Sprecher der CDU-Landtagsfraktion an einem Austausch dazu mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger teil.



Coronazeiten im Parlament: der Landtag von Nordrhein-Westfalen tagte in der letzten Sitzung vor der Sommerpause erstmals wieder in voller Besetzung. Der Infektionsschutz wird gesichert durch Acrylglaskabinen.

Härtere Strafen bei Kindesmissbrauch

Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt, sich auf Bundesebene für eine härtere Bestrafung von Kindesmissbrauch sowie Konsum und Verbreiten von Missbrauchsdarstellungen einzusetzen.

Fälle wie in Lügde, Bergisch Gladbach oder Münster offenbaren das unfassbare Ausmaß dieser Straftaten. Der aktuelle Fall Münster hat erneut gezeigt, wie abscheulich diese Täter vorgehen, die Kinder missbrauchen und damit Geschäfte machen. Vor allem aber hat dieser Fall gezeigt, wie groß und tief der Sumpf ist. „Wir sprechen von unfassbaren Netzwerken, die sich am Leid unserer Kleinsten ergötzen und bereichern“, kommentiert Landtagsabgeordneter Daniel Hagemeyer. „Genauso unfassbar ist, dass auf Bundesebene um härtere Strafen für diese Kriminellen tatsächlich noch gestritten werden musste. Viel zu lange ist beim Thema Kindesmissbrauch weggeschaut worden. Damit muss Schluss sein. Es kann nicht angehen, dass Ladendiebstahl härter bestraft wird als Missbrauch oder der Konsum von Missbrauchsdarstellungen. Es ist ein schweres Verbrechen, Kinder sexuell zu missbrauchen. Deshalb fordern wir, diese Taten auch als Verbrechen zu bestrafen. Es ist wichtig und richtig, dass die Landesregierung sich jetzt auf Bundesebene für eine Verschärfung des Strafrechts einsetzt.“

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

426.000 Kleinstunternehmen erhielten 4,5 Mrd. Euro NRW-Soforthilfe 2020

Mit der NRW-Soforthilfe 2020 haben Bund und Land in den vergangenen drei Monaten mehr als 426.000 Solo-Selbstständigen und Kleinstunternehmen durch die bislang schwersten Monate der Corona-Krise geholfen. In keinem anderen Bundesland wurden so viele Anträge gestellt und so hohe Auszahlungen geleistet wie in Nordrhein-Westfalen: Insgesamt wurden 4,5 Mrd. Euro an Solo-Selbstständige, Freiberufler und Kleinbetriebe überwiesen. Erfolgreich und schnell war die Landesregierung auch in der Abwehr von Täuschungsversuchen durch Fake-Formulare, die Kriminelle zum Abfischen von Antragsdaten zur Zahlungsumlenkung auf ihre Konten nutzen wollten. Nach Bearbeitung von mehr als 1000 Anzeigen konnten die Ermittler bislang lediglich 17 Zahlungsumlenkungen mit einem Volumen von 281.000 Euro feststellen.

Wer hat die Hilfen in Anspruch genommen und wo gab es regionale Schwerpunkte? Ein Überblick:

Die meisten Anträge sind bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingegangen (135.000), gefolgt von Köln (123.000) Arnsberg (75.000), Münster (51.000) und Detmold (42.000).

- Zu den Städten, Kommunen und Stadtteilen mit den meisten Anträgen gehören Pulheim (1972), Hürth (1964) und Köln-Ehrenfeld (1962). Die niedrigste Antragszahl gab es in Kevelaer (46).

- 86 Prozent der Anträge stellten Kleinstbetriebe, Freiberufler und Soloselbstständige mit bis zu 5 Mitarbeitern, die pauschal 9.000 Euro erhielten: 370.000 Anträge wurden bewilligt, annähernd 3,3 Milliarden Euro an Soforthilfen wurden ausbezahlt.

- 36.000 Betriebe mit bis zu 10 Beschäftigten erhielten 15.000 Euro. Die Gesamtsumme belief sich auf 539 Millionen Euro.

Die Landesregierung hat die Soforthilfe aus eigenen Mitteln massiv aufgestockt und mittelständische Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten mit 25.000 Euro unterstützt: 24.000 Mittelständler erhielten insgesamt 607 Millionen Euro.

Die meisten Anträge wurden von Unternehmen aus der Dienstleistungsbranche gestellt: 242.000. An zweiter Stelle kamen Betriebe aus dem Handel (66.000 Anträge inkl. Autowerkstätten). Viele Anträge kamen auch aus dem Verarbeitenden Gewerbe sowie dem Gastgewerbe (38.000). Ergänzt wird die Soforthilfe für die nach wie vor von erheblichen Umsatzeinbrüchen betroffenen kleinen und mittleren Betrieben durch die Überbrückungshilfe des Bundes. Es handelt sich um ein branchenübergreifendes Zuschussprogramm mit einer Laufzeit von Juni bis August 2020. Antragsberechtigt sind Unternehmen, Solo-Selbstständige und Freiberufler, deren Umsätze in den Monaten April und Mai 2020 mindestens 60 Prozent unter Vorjahr lagen. Da der Bund wie schon bei der Soforthilfe keinen Zuschuss zum entgangenen Unternehmerlohn leistet und stattdessen auf die Grundsicherung verweist, ergänzt das Land Nordrhein-Westfalen die Überbrückungshilfe des Bundes um eine Pauschale für Lebenshaltungskosten von 1.000 Euro pro Monat für drei Monate für Solo-Selbstständige und Personengesellschaften.

Projektaufruf „Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken“

Viele Einzelhändler in Nordrhein-Westfalen kämpfen mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Herausfordernd waren die vergangenen Wochen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, die bislang noch keine Internetpräsenz haben. Digitale Technologien können dabei helfen, die Krise zu überwinden: Kundinnen und Kunden haben sich zunehmend an digitale Services und Informationskanäle gewöhnt und werden diese auch in Zukunft verstärkt nutzen. Mit dem Projektaufruf „Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken - Sonderprogramm 2020“ will die Landesregierung Unternehmen auf dem Weg in die Digitalisierung begleiten. Unterstützt wird der Aufruf vom Handelsverband Nordrhein-Westfalen und von den Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. Die Krise beschleunigt die Digitalisierung der Wirtschaft. Die Unternehmen sollen gestärkt aus der Krise hervorgehen können. Das gilt insbesondere für den Einzelhandel mit seinen vielen kleinen stationären Geschäften, die sicherstellen, dass Innenstädte auch morgen noch lebendige Orte bleiben.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889*



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Besserer Arbeitsschutz in der Fleischindustrie: 10-Punkte-Plan vorgelegt

Angesichts der im Zuge der Corona-Pandemie erneut deutlich gewordenen Missstände bei der Unterbringung und den Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in der Schlacht- und Zerlegebranche, haben die Arbeitsminister und Landwirtschaftsministerinnen der von dieser Entwicklung besonders betroffenen Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen ein gemeinsames Zehn-Punkte-Papier auf den Weg gebracht: Es beinhaltet konkrete Vorschläge für einen Systemwechsel in der Branche mit klaren rechtlichen Vorgaben.

So kommt es aus Sicht der vier Ministerien in Düsseldorf und Hannover vor allem darauf an, Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschutz zu verbessern – auch die Wohnverhältnisse der Beschäftigten müssen menschenwürdig gestaltet werden. Staatliche Kontrollen sollen zudem effektiver werden. Auch das von der Bundesregierung angekündigte Arbeitsschutzprogramm, das Schlachten und Fleischverarbeitung ab 2021 grundsätzlich nur noch durch Arbeitnehmer des eigenen Betriebes erlauben will, wird von den Beteiligten unterstützt. Dazu erklärt Arbeitsminister Karl-Josef Laumann: „Zu lange hat für einige Betriebe eine organisierte Verantwortungslosigkeit gegolten. Zu lange ist der Gesundheits- und Arbeitsschutz der Beschäftigten von Werkvertragsunternehmen in der Fleischindustrie nicht ernst genug genommen worden. Zu lange haben wir hingenommen, dass Beschäftigte teilweise in unwürdigen Verhältnissen leben und arbeiten.“

Die nordrhein-westfälische Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Esser pflichtet ihrem Ministerkollegen bei: „Die Corona-Pandemie hat die Schlachtbranche in den Fokus gerückt. Sie ist ein wichtiger Baustein in der Kette der Lebensmittel- und Fleischindustrie. Dort wo Missstände bestehen, müssen wir diese abstellen. Fleischqualität muss künftig noch stärker durch hohe Umwelt-, Tierschutz- oder Sozialstandards definiert werden. Jetzt ist die Chance für einen nachhaltigen Umbau der Schlachtbranche, um diesen wichtigen Wirtschaftszweig wieder in die Mitte der Gesellschaft zu bringen.“

Die bekannt gewordenen, gehäuften Corona-Fälle unter der Belegschaft von Schlachtbetrieben, u.a. im Kreis Gütersloh, sind kein Zufall. Sie belegen leider vielmehr, dass ein Systemwechsel in der Branche überfällig ist, weil eklatante Missstände bei der Unterbringung vieler Beschäftigter, über die seit Jahren regelmäßig diskutiert wird, offenbar immer noch nicht ausreichend kontrolliert und sanktioniert werden. Die Schlacht- und Zerlegeindustrie hat die eingegangene Selbstverpflichtung einmal mehr ignoriert.

Leidtragende sind neben den Beschäftigten, die leider immer noch viel zu oft in heruntergekommenen Unterkünften einquartiert werden, die gesamte Fleischwirtschaft. Die Lebensmittelerzeugung erfordert hohe Standards. Um dies zu gewährleisten, brauchen wir konkrete rechtliche Vorgaben und klare Rahmenbedingungen.

„NRW-Weg“ bei Inklusion wird fortgesetzt

Zwei zukunftsweisende Vereinbarungen verbessern in Nordrhein-Westfalen die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben sowie die Qualitätssicherung und Gewaltprävention in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM). Getragen werden die Vereinbarungen vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen, der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, der deutschen Rentenversicherung Westfalen, Rheinland und Bund sowie den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe sowie von verschiedenen Interessenvertretungen für Menschen mit Behinderung.

Die Teilhabe an Arbeit ist eine Messlatte für gelungene Inklusion. Das gilt insbesondere für Menschen, die viel oder sehr besondere Unterstützung benötigen. Nordrhein-Westfalen war und ist das einzige Bundesland, in dem auch diese Gruppen Zugang zu Behindertenwerkstätten und damit zur Teilhabe an Arbeit haben.

Die sogenannte „Vereinbarung zur Teilhabe an Arbeit von Menschen mit sehr hohen und/oder sehr besonderen Unterstützungsbedarfen in nordrhein-westfälischen Werkstätten für behinderte Menschen und/oder bei anderen Leistungsanbietern“ sichert den NRW-Weg nicht nur für die Zukunft, sondern entwickelt ihn auch qualitativ weiter. So wird er beispielsweise an die rechtlichen Vorgaben des reformierten SGB IX angepasst.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de